

Wahlprüfstein Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH) e.V.

Thema 1: Bürokratieabbau

Plant Ihre Partei, den Bürokratieabbau voranzutreiben und speziell kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu entlasten und wenn ja, wie?

Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik müssen wir die Fähigkeit haben, strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, und gleichzeitig Bürokratie – wo möglich – abzubauen, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt sind für Großunternehmen sowie für KMU, Start-ups, Selbstständige und Freiberufler*innen dringend notwendig. Derzeit erfolgt die Regulierung von europäischer Industriepolitik vor allem durch die Ad-hoc-Kontrolle von nationaler Beihilfe und über eine Vielzahl von Plattformen und Gremien für unterschiedliche europäische Programme. Dabei fehlen Daten, analytische Ressourcen und gebündelte Kompetenzen auf EU-Ebene. Das wollen wir ändern und die Qualität von EU-Regulierungen verbessern.

Thema 2: Bessere Rechtssetzung

Wie ist die Position Ihrer Partei zu den bestehenden Instrumenten und Initiativen zur besseren Rechtssetzung (z.B. Smart Regulation, REFIT; „Think Small First“; „One-in-one-out“)?

Die Europa-SPD unterstützt sinnvolle Instrumente, die eine bessere Rechtssetzung zum Ziel haben. Für uns sind die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit entscheidend bei

Gesetzesvorhaben. Darüber hinaus ist es uns ein wichtiges Anliegen, Regelungen einzuführen, die einen nachhaltigen Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger bringen. Das pauschale „One-in-one-out-Prinzip“ lehnen wir ab, denn es geht bei besserer Rechtsetzung nicht vorrangig um die Quantität, sondern um die Qualität der Rechtsetzung. Die gilt es zu verbessern.

Thema 3: Subsidiaritätsprinzip

Welche Bedeutung misst Ihre Partei in Ihrer künftigen Europapolitik dem geltenden Subsidiaritätsprinzip des EU-Vertrages bei und werden Sie dieses zugunsten von Wachstum und Unternehmertum konsequent im Rahmen Ihrer politischen Arbeit berücksichtigen?

Für uns sind die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit entscheidend bei Gesetzesvorhaben. Darüber hinaus ist es uns ein wichtiges Anliegen, Gesetze zu entwickeln, die einen nachhaltigen Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger bringen. Die EU-Kommission führt bereits umfangreiche Folgeabschätzungen durch, bevor sie einen Gesetzesvorschlag präsentiert. Als Mit-Gesetzgeber spielt das Europäische Parlament schließlich eine wichtige Rolle, um die vorgeschlagene Gesetzgebung auf Herz und Nieren zu prüfen. Die Abgeordneten der Europa-SPD konsultieren viele Stakeholder, während sie an Gesetzestexten arbeiten, um sicherzustellen, dass möglichen Folgen bedacht und entsprechend berücksichtigt werden.

Thema 4: Verkehrspolitik

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um eine leistungsfähige, grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur in Europa noch weitergehend sicherzustellen und den grenzüberschreitenden Warenverkehr zu erleichtern?

Die Herausforderung besteht darin, Mobilität schnellstmöglich gleichzeitig klimaneutral, zuverlässig und bezahlbar zu gestalten. Dies erfordert eine Transformation in allen Verkehrsbereichen, einschließlich des Individualverkehrs, des öffentlichen Verkehrs und des Güterverkehrs. Eine europäische Perspektive ist in der Verkehrsplanung notwendig, um Grenzregionen besser anzubinden. Damit fördern wir die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa und eröffnen die Möglichkeit, auf klimaneutralere Verkehrsmittel umzusteigen. Gleichzeitig erleichtern europäische Lösungen den Alltag für mobile Europäer*innen. Konkret fordern wir daher: Ausbau gemeinsamer europäischer Bahnstrecken voranbringen, mehr Güterverkehr auf der Schiene, europäische Züge als Alternative zum Flugzeug, Ausbau der Infrastruktur für elektro- und wasserstoffbetriebene Mobilität, Europaticket für ÖPNV und eine europaweite Ticket-App.

Thema 5: Wettbewerb

Wie wird sich Ihre Partei für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb und außerhalb der EU einsetzen und sicherstellen, dass in der EU-ansässige Unternehmen im internationalen Wirtschaftsverkehr nicht benachteiligt werden?

Die SPD setzt sich für eine wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft ein und unser einzigartiger Binnenmarkt ist elementar dafür. Wir wollen den Binnenmarkt weiter vorantreiben, unnötige Unterschiede abbauen und die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit erleichtern. Gleichzeitig sind EU-Handels- und Investitionsabkommen der Schlüssel, um unseren Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Zusätzlich zur größtmöglichen Umsetzung der bestehenden Abkommen. Außerdem befürworten wir den Gebrauch der Abwehrinstrumente, mit denen die EU ihre Interessen auch dann verteidigen kann, wenn sich andere Handelspartner nicht an die Regeln halten. Durch die Stärkung der Marktüberwachung und der Durchsetzung von Gesetzesinitiativen wie dem KI-Gesetz, dem Lieferkettengesetz oder des Verbots von Produkten aus Zwangsarbeit, sichern wir ein einheitliches Wettbewerbsfeld für europäische Unternehmen und deren Wettbewerbsfähigkeit.

Thema 6: Klimapolitik

Wie ist die Position Ihrer Partei zu den bestehenden und künftigen Klimaschutzzielen und wie werden Sie sicherstellen, dass diese erreicht werden können, ohne der Entwicklung der europäischen Wirtschaft zu schaden?

Die SPD steht zum EU-Klimaziel 2050 und setzt sich auch für ambitionierte Zwischenziele ein. Grundlage ist der zügige Ausbau der Erneuerbaren Energien, damit schnell mehr kostengünstige Energie in Europa zur Verfügung steht. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich die SPD an vorderster Front bei den Verhandlungen zu Erneuerbaren-Energien-Richtlinie dafür eingesetzt, die bürokratischen Hürden für die Planung und Genehmigung von Erneuerbaren-Anlagen so weit wie möglich zu senken. Die Kostenvorteile der Erneuerbaren werden zukünftig im Rahmen der Reform des Europäischen Elektrizitätsmarkts besser an die Kund*innen weitergegeben. Um die europäische Wirtschaft vor unfairem Wettbewerb mit klimaschädlichen Importgütern zu schützen, wird zudem ab 2026 eine Abgabe auf besonders emissionsintensive Einfuhren fällig. Um die Planungssicherheit für die Wirtschaft zu gewährleisten, setzen wir uns dafür ein, dass zügig im neuen Mandat das EU-Klimaziel für 2040 festgelegt wird.